

Zum einen findet Erbentraut durchaus entwickelte Spuren dessen, was wir heute als Recht der politischen Parteien bezeichnen, selbst der Begriff „Recht der Partei“ findet sich (bei Julius Fröbel). Dieser sieht, dass es hier „noch wenig beachtete Rechtsverhältnisse“ gebe, die aber entwickelt werden sollten. Im Einzelnen wird die Parteifreiheit als Sonderfall der allgemeinen Assoziationsfreiheit eingefordert, sei es aus naturrechtlich-individualistischer Perspektive, sei es als positiv-rechtliche Gewährleistung, die, etwa bei von Mohl, mühsam aus dem Ingesamt der Verfassung herausinterpretiert werden musste. Die Gegenstimmen gegen die Assoziationsfreiheit werden nicht negiert.

Weiter war im Vormärz schon die Forderung präsent, dass die staatlichen Instanzen sich den Parteien gegenüber neutral verhalten müssten, die Parteien also gleich zu behandeln seien. Hier dominierte das Bild des fairen mittelalterlichen Turniers. Immer wieder macht der Autor verblüffende Funde, so ist etwa bei Karl Rosenkranz ein Vorläufer der sogenannten abgestuften Chancengleichheit der Parteien herauszulesen, wie sie heute in der Bundesrepublik praktiziert wird. Auch Überlegungen zur Parteienfinanzierung finden sich bereits in der alten Literatur. Nicht zuletzt wird die Öffentlichkeitsdimension der Parteien und des Parteienwettbewerbs seinerzeit schon lebhaft gefordert, hier etwa in der Ablehnung von Geheimgesellschaften. So wurde bereits 1819 „gerade Öffentlichkeit“ als „Grundzug aller Parteien“ gefordert. Immer wieder kann Erbentraut mit literarischen Stellen verblüffen, welche Fragen diskutiert werden, die wir für solche unserer Zeit halten, so etwa das Problem von V-Leuten in Parteien.

Um der Aktualität willen soll auf die seinerzeitige Diskussion um Parteiverbote hingewiesen werden. Diese hat letztlich alle Argumente, die auch gegenwärtig ausgetauscht werden, bereits aufgeführt und entfaltet. Erbentraut spricht von der Vergeblichkeitsthese: Parteiverbote nützen nichts, von der Gefährlichkeitsthese: sie sind schädlich im Sinne der Kontraproduktivität und von der Sinnverkehrungsthese, wonach Verbote dem Geist einer freiheitlichen Demokratie widersprechen.

Philipp Erbentraut hat eine beachtliche Studie vorgelegt. Sie verändert den Blick auf die politische Diskussion des Vormärz und belegt aufs Beste die beiden Thesen des Autors zur politischen Ideengeschichte: Diese diene einmal als Archiv, zum anderen habe sie aber auch Arsenalfunktion, das Arsenal der möglichen Argumente wird hier am Entstehungsort sichtbar gemacht und kann dann in ihrer Verlängerung in der Ge-

genwart verschüttete Linien wieder aufdecken oder nie verlorengegangene Linien unter neuen Kontextbedingungen erörtern. Damit konnte ein überzeugender Beweis für die Fruchtbarkeit ideengeschichtlicher Arbeit in der Politikwissenschaft geliefert werden.

Prof. Dr. Martin Morlok

Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Springer VS, Wiesbaden 2016, 241 S., ISBN 978-3-658-10638-6, € 39,99.

Die Verwurzelung der AfD

Die Alternative für Deutschland erfreut sich nach wie vor großer medialer wie wissenschaftlicher Aufmerksamkeit. Erstmals scheint sich auf parlamentarischer Ebene rechts neben der Union eine Partei etablieren zu können. Dominierten in den Gründungsjahren der AfD Debatten über die Frage, ob die AfD eine rechtspopulistische Partei sei oder nicht, ist dies seit dem Essener Parteitag im Sommer 2015 zumindest in der Politikwissenschaft keine Frage mehr. Mit dem innerparteilichen Bruch und dem Auszug des Ökonomenflügels um den ehemaligen Parteisprecher Bernd Lucke herum hat sich die Betrachtung eher auf die Kontakte und Bezugspunkte einzelner AfD-Flügel zum Extremismus verlagert. Dies geht sogar so weit, dass die AfD selbst hierzu im März 2017 einen Kongress abhielt.¹ Der Herausgeberband von Häusler entstand kurz vor der Spaltung im Sommer 2015. Trotzdem oder gerade deswegen sind viele der Beiträge außerordentlich lesenswert. Sie betrachten den Gründungsprozess der AfD und decken frühe Bezüge zu zahlreichen bürgerlichen, aber auch extremistischen Vereinigungen auf. Der Herausgeber Alexander Häusler selbst ist an der Fachhochschule Düsseldorf als Extremismusforscher tätig. Die vierzehn Beiträge widmen sich der parteipolitischen Einordnung, der außenpolitischen Positionierung, den familien- und geschlechterpolitischen Vorstellungen, den Verbindungen zu PEGIDA und Muslimfeindlichkeit, ersten Erfahrungen der landespolitischen Ebene sowie neurechten Einflüssen. Den Auftakt macht der Bonner Parteien- und Populismusforscher Frank Decker. In gewohnt präziser Form ordnet er die AfD und ihre Analyse in die international vergleichende Perspektive ein. Er schätzt die Etablierungschancen der AfD dann als hoch ein, wenn sie sich aus Sicht des

¹ Die Einladung zu dem am 18. März 2017 stattgefundenen Kongress kann hier eingesehen werden: <https://cdn.afd.tools/sites/2/2017/03/07163048/Einladung-Extremismus-Kongress-Berlin.pdf> (zuletzt abgerufen am 25.03.2017)

Jahres 2015 weiter radikalisiert (S. 20), was dann ja tatsächlich anschließend passierte. Decker betont auch, dass insbesondere Wähler linker Parteien für konservativ-autoritäre Werte empfänglich sind, wie sie auch die AfD vertritt (S. 21). Anschließend diskutiert David Bebnowski die Rolle der Ökonomen in der Etablierung eines „Wettbewerbspopulismus“ als Brücke zum Rechtspopulismus. Seine durchaus lezenswerte und analytisch interessante Darstellung leidet an einigen Stellen an zu starker normativer Zuspitzung. Zwar gewinnt sein Text damit an emotionaler Wucht, allerdings scheint es dem Rezensenten zu weit zu gehen, wenn „die wirtschaftsliberale Argumentationsstruktur [als] ein selbstverständlicher Bestandteil und Ankerpunkt rechtspopulistischer Positionierungen in der AfD“ betrachtet wird (S. 31). Tatsächlich war zum Beispiel die Auseinandersetzung über TTIP ein zentraler inhaltlicher Spaltungsgrund. Zudem hat sich die AfD zunehmend programmatisch von den neo-liberalen Positionen wegbewegt und für den Wahlkampf 2017 ein Papier zur „Sozialen Gerechtigkeit“ vorgelegt. Dies ändert nichts an analytisch feinsinnigen Betrachtungen Bebnowskis zum Beitrag des Ordo-Liberalismus zur Etablierung populistischer Argumentationsfiguren in der AfD-Gründungsphase. Die Ökonomen der AfD hielten „den Politikern“ und „den Altparteien“ ihr Unwissen vor, unter dem „das Volk“ zu leiden hätte (S. 28). Das von Bebnowski selbst entwickelte Konzept des „Wettbewerbspopulismus“ wird überzeugend hergeleitet. Das Vertrauen in den Marktmechanismus führe dazu, ökonomische Unterschiede auf kulturelle Eigenheiten zurückzuführen. Die Varianz in der Wettbewerbsfähigkeit nationaler Volkswirtschaften wird auf kulturelle Stereotypen zurückgeführt. Deutschland wird dabei als Vorbild vor allem für die südeuropäischen Eurostaaten überhöht (S. 29-30). Diese ökonomische Fixierung auf kulturelle Eigenheiten von Nationalstaaten findet sich auch in der außenpolitischen Konzeption der AfD. Marcel Lewandowsky weist aber darauf hin, dass zu dem Analysezeitpunkt vor der Parteispaltung Außenpolitik vor allem Europapolitik war (S. 46). Allerdings schlussfolgert er scharfsinnig: „Dass die AfD gewissermaßen keine Außenpolitik vorzuweisen hätte, wäre ein drastisches Missverständnis. Das Gegenteil ist der Fall: die meisten Positionen und Aussagen der AfD durchziehende Skepsis und Ablehnung gegenüber der EU, ihren Institutionen, Prozessen und politischen Eliten bildet geradezu die *raison d'être* der AfD.“ (S. 49).

Besondere Beachtung verdient der Beitrag von Dieter Plehwe. Er arbeitet minutiös die europäischen, rechtsliberalen Netzwerke hinter der AfD-Gründung heraus.

Dabei zeigt er, dass die besondere Kombination aus wirtschafts- und rechtsliberalen Positionen bei den „Moderaten“ innerhalb der AfD ihre Repräsentation eben nicht in der FDP hätten finden können (S. 56). Der neue „europäische“ Rechtsliberalismus wird dabei als eine „kultur- und sozialpolitisch konservative Variante des Neoliberalismus“ charakterisiert (S. 61). Allerdings sind die Vertreter dieser neuen Ideologie heute nicht mehr Teil der AfD. Als Mitglieder der Liberal-Konservativen Reformer (LKR; Nachfolgername von ALFA) und der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) nehmen sie im Europaparlament wichtige Ausschusssitze und Arbeitsgruppenvorsitze ein (S. 65).

Der Familien- und Geschlechterpolitik widmen sich drei Beiträge. Jasmin Siri konstatiert: „Geschlechterpolitik wird als etwas dargestellt, das der Einheit der Familie entgegensteht“ (S. 74). Während Siri die Gegnerschaft der AfD zu grünen Positionen herausarbeitet und ihren konservativen Charakter betont, sieht Andreas Kemper anti-emanzipatorische Netzwerke am Werk. Ulli Jentsch beleuchtet die Aktivität der Lebensschutz-Bewegung in der frühen AfD. Sehr ausführlich widmet sich in zwei Beiträgen Felix Korsch den Verbindungen von AfD und PEGIDA. Während Lucke sich reserviert zeigte, gab es mit der Patriotischen Plattform innerhalb der AfD schnell Befürworter einer Zusammenarbeit (S. 115). Korsch vermutet insbesondere, dass der rechte Parteiflügel aufgrund seines Selbstverständnisses als Fundamentalopposition versucht sein könnte, die AfD im Einklang mit PEGIDA mit Elementen einer „Bewegungspartei“ auszustatten (S. 127). Inhaltliche Überschneidungen sieht er vor allem bei den Forderungen nach einem Einwanderungsgesetz (S. 146). Mit der Islamfeindlichkeit bei PEGIDA beschäftigt sich Naime Çakir in einem gut lesbaren Beitrag, der ansonsten keinen weiteren Bezug zur AfD aufweist. Jonas Fedders ergänzt eine hegemonietheoretische Sichtweise auf die Programmatik der AfD.

Sehr spannend und zum Verständnis der AfD erhellend sind die Beiträge von Helmut Kellershohn und Anna-Lena Herkenhoff. Kellershohn betrachtet die ideologischen Flügelkämpfe bei den jungkonservativen Neuen Rechten. Ein besonderes Augenmerk legt er auf das Wirken des Chefredakteurs der Jungen Freiheit, Dieter Stein, sowie Götz Kubitschek vom Institut für Staatspolitik. Dieter Stein sah in der AfD einen „Hebel“, „das Monopol der CDU auf die Vertretung der bürgerlichen Mitte“ (S. 183) zu brechen. Stein lehnt Flügelkämpfe sowie einen stärkeren Rechtskurs ab und befürwortete Bernd Lucke als Integrations-

figur. Kubitschek hingegen griff früh die Wirtschaftsliberalen an und sah Björn Höcke als seinen Schüler (S. 189). Während Kubitschek das Erstarken des „Flügels“ um Björn Höcke begrüßte, bedauerten die Publizisten in der Jungen Freiheit den Rücktritt Henkels, da so die Führungs- und Integrationsrolle der AfD im bürgerlichen Lager verloren ginge (S. 197). Großer Unterstützung konnte sich der Flügel um Björn Höcke von Anfang an bei den Jungen Alternativen (JA) sicher sein, wie Anna-Lena Herkenhoff erläutert. Die Jugendorganisation der AfD hatte weniger die bürgerliche Mitte im Blick, auch wenn sie sich selbst das Motto „Verstand statt Ideologie“ gab (S. 201). Insbesondere zu Gruppierungen des extrem rechten Milieus gab es früh Kontakte. Abgerundet wird der Sammelband von einem kurzen Einblick in die Brandenburgische AfD von Christoph Kopke und Alexander Lorenz sowie einem Ausblick des Herausgebers Alexander Häusler zur Erforschung der AfD. Wie bei jedem Sammelband zeigt sich auch hier, dass die Qualität der Beiträge stark schwankt. Trotz der durchaus normativen Färbung vieler Beiträge ist der Sammelband lesenswert. Die Stärken zeigt er insbesondere dort, wo die Verknüpfungen der AfD zu Interessengruppen und ihre gesellschaftliche Verwurzelung aufgezeigt werden. Hier leistet der Sammelband schon früh eine Aufklärungs- und Informationsarbeit, wie sie medial einer größeren Öffentlichkeit erst kürzlich durch das journalistisch geprägte Werk von Melanie Amann² bekannt wurde. Die Lektüre des Sammelbandes eignet sich für alle, die die Entwicklung der AfD auf Basis fundierter und detaillierter Informationen verstehen wollen.

Dr. Simon T. Franzmann

Koschmieder, Carsten: Partizipation in der Piratenpartei. Die Schattenseiten einer sonnigen Utopie, Barbara Budrich, Opladen 2016, 188 S., ISBN 978-3-8474-0515-3, € 39,90.

Die Piratenpartei erscheint angesichts der vielbeschriebenen Fluidität ihres Personals und ihrer Strukturen sowie der mittlerweile dramatisch schwindenden Wähler- und Mitgliederzahlen als Forschungsgegenstand kaum empirisch greifbar. Das erschwert eine tiefer gehende Analyse ihrer Organisationsstrukturen und Erfolgsbedingungen, die über Deskriptionen und anekdotische Evidenzen hinausgehen würde – auch wenn es durchaus Versuche gibt (u.a. Appelius/Fuhrer, Das Betriebssystem erneuern:

² Melanie Amann 2017. Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert. München: Droemer.

Alles über die Piratenpartei, 2012; Bieber/Leggewie, Unter Piraten, 2012; Niedermayer, Die Piratenpartei, 2013). Carsten Koschmieder hat sich in seiner vergleichsweise kurzen politikwissenschaftlichen Dissertationsschrift dieser Herausforderung dennoch gestellt. Denn sowohl die Parteienforschung als auch andere Parteien könnten vom Scheitern der Piratenpartei lernen, so Koschmieder. Er fragt danach, wie die innerparteiliche Partizipation in der Piratenpartei funktioniert bzw. eben nicht funktioniert. Dieses Erkenntnisinteresse wird auf drei Dimensionen heruntergebrochen: die Nutzung der Partizipationsmöglichkeiten durch die Mitglieder, die Hemmnisse der Funktionalität (gemeint sind hier technisch-administrative, psychologische und intellektuelle) sowie die Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die innerparteiliche Partizipation (S. 14).

Theoretisch macht der Autor zwei Anknüpfungspunkte aus: Zum einen die Diskussion um die (Un-)Möglichkeit innerparteilicher Demokratie in Anlehnung an Michels, zum anderen die politische Partizipationsforschung mit ihrer Analyse individueller Faktoren zur Erklärung von Ungleichheiten in der Partizipation. Koschmieder sieht vor diesem Hintergrund eine Forschungslücke hinsichtlich der Analyse von Partizipationsfaktoren und sozialer Ungleichheit *innerhalb* von Parteien, zu der seine Dissertation einen Beitrag leisten möchte (S. 13). Nach einer kurzen Auseinandersetzung mit verschiedenen Paradigmen und Befunden aus der Forschung zu diesen beiden Strängen fasst Koschmieder am Schluss von Kapitel 2 seine Vorgehensweise zusammen: Er fokussiert auf solche innerparteiliche Partizipation, die auf die parteiinterne Entscheidungsfindung gerichtet ist, und systematisiert diese nach der Frage „wo, auf welcher Ebene, von welchem Gremium oder welchem Akteur eine Entscheidung getroffen wird“ (S. 28). Als solche „Entscheidungsorte“ unterscheidet er Parteitage, Fraktionen und die Parteibasis (S. 42). Die Auseinandersetzung mit den theoretischen Anknüpfungspunkten bleibt allerdings recht oberflächlich; es werden keine konkreten forschungsleitenden Annahmen abgeleitet.

In Kapitel 3 widmet sich der Autor dann seinem konkreten Gegenstand, der Piratenpartei. Koschmieder umreißt Entstehung, Entwicklung und Grundpositionen der Partei sowie ihre theoretischen Konzepte und Angebote innerparteilicher Partizipation. Im Anschluss stellt er die von ihm angewendeten Methoden vor (Kapitel 4). Seine empirische Analyse stützt sich demzufolge auf Beobachtungen bei Parteitreffen und Parteitagungen, einer schriftlichen Umfrage unter